

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

22. Juni 1949.

297/A.B.
zu 311/JAnfragebeantwortung.

Zu der Anfrage der Abg. Proksch und Genossen, betreffend Zensur in der RAVAG, teilt Bundesminister für Unterricht Dr. H. H. Rude mit:

Die allgemein bekannte weitgehende Einflussnahme der Besatzungsmächte auf die österreichischen Rundfunksendergruppen, die zum Teil eine vollkommene Kontrolle österreichischer Sender durch einzelne Besatzungsmächte beinhaltet, wie die damit verbundene Ausübung einer Zensur, sind tief bedauerlich, mit Geist und Inhalt des seinerzeitigen Kontrollabkommens nicht vereinbar und stellen eines der schmerzlichsten Kapitel der Unfreiheit Österreichs vier Jahre nach Kriegsende dar. Diese Tatsachen wurden immer wieder in der Öffentlichkeit und erst vor kurzem im Nationalrat eingehend erörtert.

Wie bei dieser Gelegenheit festgestellt wurde, hat sich die Bundesregierung wiederholt mit diesem Problem befasst und versucht, eine Besserung der Zustände auf diesem Gebiete zu erreichen, bisher jedoch ohne Erfolg. Bereits unter dem 24. Oktober 1947 hat sich auf Grund eines Ministerratsbeschlusses der Bundeskanzler an die vier Hochkommissare mit dem Ersuchen gewendet, die österreichischen Sender freizugeben und die Zensur aufzulassen; dieses Ersuchen wurde in der Note vom 15. November 1947 an den Alliierten Rat wiederholt. Auch persönlichen Interventionen des Bundeskanzlers und des Ausserministers blieb ein Erfolg versagt. Am 25. Mai 1949 hat der Bundeskanzler neuerlich eine Note an den Vorsitzenden des Alliierten Rates gerichtet, in welcher gegen die Einschränkungen auf dem Gebiet des österreichischen Rundfunkwesens und die Ausübung einer Zensur schärfster Protest erhoben wurde. Auf die bezüglichen Erklärungen des Bundeskanzlers in der Sitzung des Nationalrates vom 1. Juni 1949 sei besonders hingewiesen. Es werden auch in Zukunft die Bemühungen fortgesetzt werden, dem auf die Dauer unerträglichen Zustand auf dem Gebiete des Rundfunkwesens ein Ende zu bereiten. Die österreichische Bevölkerung hat zweifellos ein Recht darauf, dass ihre aus ihren Mitteln geschaffenen und erhaltenen Sender endlich in demokratischer Freiheit, Unabhängigkeit und österreichischem Sinne geführt werden.

-.-.-.-.-